

Hass im Netz:

Digitales Vermummungs- verbot soll kommen



Jüngste Fälle von herabwürdigenden Postings gegen Frauen zeigen die Notwendigkeit klarer Spielregeln im Netz auf. Beim Gipfel hat die Bundesregierung mit Experten und Betroffenen über mögliche Maßnahmen gegen Angriffe im Netz – vor allem gegen Frauen – diskutiert. Denn klar ist: Hass und Gewalt im Netz dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben!

Auf einen Blick:

- **Gipfel gegen Hass im Netz:** Startschuss für eine breite Diskussion über konkrete Maßnahmen gegen Angriffe im Netz
- **Schutz und Prävention** für Betroffene durch ein **digitales Vermummungsverbot für Täter**
- **Ein Gesetz für Sorgfalt und Verantwortung** soll Verpflichtungen für große Online-Plattformen wie Facebook & Twitter regeln



www.dieneuevolkspartei.at

Im Detail:

- Am 13. November 2018 hat im Bundeskanzleramt ein **Gipfel gegen Hass im Netz** stattgefunden. Gemeinsam mit Opfern und Experten wurden Maßnahmen diskutiert, um User – vor allem Frauen – vor Angriffen in der Online-Welt zu schützen.
- Den Betroffenen soll **Schutz und Prävention durch ein digitales Vermummungsverbot** geboten werden. Opfer im Netz müssen die Möglichkeit bekommen, **bei Rechtsverletzungen die Identität der Täter** zu kennen.
- **Das Internet kann und darf kein rechtsfreier Raum sein!** In der digitalen Welt müssen die gleichen Prinzipien gelten wie in der realen Welt. Die Bundesregierung wird daher ein **Gesetz für Sorgfalt und Verantwortung** erarbeiten, welches v.a. Verpflichtungen für Online-Plattformen wie Facebook und Twitter regelt.